



VORWÄRTS

sozialistische zeitung



Widerstand ★ Solidarität ★ Sozialismus

Zeitung der Sozialistischen Linkspartei [SLP]

erscheint seit 1983

Nummer 139

Juli/August 2004

Preis: EUR 0,80

Solidaritätspreis: EUR 2,00

Österreich



180.000 Menschen in Österreich unversichert

Ein neuer sozialpolitischer Skandal wurde im Juni 2004 bekannt: Jede/r 40. ÖsterreicherIn steht ohne Versicherungsschutz bei Krankheit und Unfall im Regen. Gleichzeitig schulden die Unternehmer den „Kranken Kassen“ Millionen. SEITE 2

Betrieb & Gewerkschaft



Wiener Sozialberreich: Erfolgreiche Aktion!

Anfang Juli fand vor dem Wiener Rathaus eine Betriebsversammlung statt. Die Gewerkschaftsspitze zeigte sich ebenso wie die Rathaus-SPÖ wenig glücklich über die Aktion. SEITE 3

Schwerpunkt



Am Beispiel BFJ: Neue Rechtsextreme Gefahr

In Oberösterreich treibt eine neue rechte Organisation ihr Unwesen. Vorwärts berichtet exklusiv vom Kampf gegen die rechte Gefahr. SEITEN 4/5/8

Internationales



Lateinamerika im Brennpunkt

Volksbewaffnung in Venezuela - neue Partei in Brasilien; Lateinamerika befindet sich im Umbruch. Wir berichten von der aktuellen Situation in beiden Staaten und der politischen Arbeit vor Ort. SEITE 7

Länger arbeiten? Nein Danke!

Unternehmer nutzen Angst vor Arbeitslosigkeit für Sozialraub: Feiertage, Kollektivverträge, Weihnachts- und Urlaubsgeld sind akut bedroht! Wir wehren uns!

von Sonja Grusch,
SLP Wien Nord

LÄNGER ARBEITEN – MEHR JOBS?

Der Präsident der Industriellenvereinigung Veit Sorgendorf fordert: Länger arbeiten - weniger Feiertage. ÖVP Minister Bartenstein folgte dem Ruf: „Ich muss in Gesetze und Kollektivverträge nicht hineinschreiben, wie viele Stunden pro Woche Arbeitnehmer arbeiten dürfen.“ Unternehmer und Regierung spielen vor allem mit der Angst der Menschen um ihren Arbeitsplatz, wenn sie nun offen versuchen das Rad der Zeit ins 19. Jahrhundert zurückzudrehen.

EIN SPIEL MIT DER ANGST DER MENSCHEN

Vor dem Hintergrund der weltweiten Krise des Kapitalismus und dank der neoliberalen Politik der Regierung haben mehr Menschen als je zuvor Angst vor der Zukunft.

Laut einer Studie des Marktforschungsinstitutes GfK ist

Arbeitslosigkeit das dringlichste Problem der ÖsterreicherInnen,

gefolgt von der

Sorge um Pensionen und die

Sicherung der Sozialleistungen.

Das ist nicht verwunderlich.

Die Arbeitslosigkeit erreich

neit neu Höhepunkte. Eine

Wifo-Studie hat ergeben,

die Beschäftigung - auf Vollzeitbasis gerechnet - seit dem

Jahr 2000 gesunken ist. Kaum

jemand unter 40 rechnet da

mit, eine Pension zu bekom

men, von der er/sie wird leben

können. Bildung wird zunehmend zum Luxus. Frauen sollen sich aufs Kinderkriegens konzentrieren und Zerschlagung von Unternehmen, Ausgliederung und Privatisierung stehen auf der Tagesordnung. Doch die Vorschläge länger zu arbeiten werden die Situation weiter verschlimmern.

Urlaubs- und Weihnachtsgeld schienen bis 24. Juni unantastbar. Da hat der DGB, Schwesterorganisation des ÖGB, bei Siemens der Streichung von eben diesen zugesimmt. Kurz nachdem in Deutschland in den ersten Bereichen Arbeitszeitverlängerung durchgesetzt wurde, ist das Thema nun auch bei uns aktuell. Die Wirtschaftsliberalen verstecken ihre Angriffe hinter dem Begriff Freiheit. Sie meinen damit, das Arbeitsschutzgesetze, Kollektivverträge und Gewerkschaften dem freien Wettbewerb widersprechen und das ja „niemand nötig hätte“ weil ja ohnehin jeder „seines Glückes eigener Schmied ist“.

Tatsächlich gibt es aber Gewerkschaften und die von ihnen erkämpften Arbeitsschutzbestimmungen. Sie sind dazu da, um das Ungleichgewicht der Kräfte - der/die einzelne UnternehmerIn ist ungleich mächtiger als der/die einzelne ArbeiterIn - durch den Zusammenschluss der ArbeiterInnen ein Stück zu Gunsten der ArbeiterInnen zu verschieben. Mit „Freiheit“ meint die andere Seite also die Freiheit der UnternehmerInnen, die ArbeiterInnen besser auszubeuten: durch Wegfall von Zuschlägen für Überstunden, durch längere Arbeitszeiten, durch Arbeit auf Abruf, durch Streichung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld, durch Senkung der Unternehmensbeiträge für den Sozialstaat (Stichwort: Senkung der Lohnnebenkosten).

DIE NÄCHSTE ANGRIFFSWELLE

Für den Herbst können wir mit neuen Angriffen rechnen. Geplant sind:

X weitere Kürzungen der Sozialleistungen durch die Ge-



Schlüssel, Deine Zeit läuft ab,
... wenn der ÖGB nur will!

sundheitsreform (Spitäler bzw. Abteilungen werden geschlossen, medizinische Leistungen werden nur durchgeführt, wenn es sich „rentiert“, durch Selbstbehalte werden die PatientInnen doppelt zur Kasse gebeten)

X Arbeitszeitgesetze zu verschlechtern (es geht immer stärker in Richtung „Arbeit auf Abruf“)

X Zurück zum „Aussteuern“ (eine Situation wie in den 30 Jahren, als Arbeitslose gar kein Geld mehr erhielten. Durch eine Abschaffung der Notstandshilfe werden viele Menschen vor dem Nichts stehen, da die Sozialhilfe, die als Ersatz dienen soll, in vielen Bundesländern vom Besitz einer Wohnung und dem Einkommen von Angehörigen abhängt)

X Stellenabbau, Ausgliede-

zung, Privatisierung (Abbau von bis zu einem Drittel der Beschäftigten bei den ÖBB, Verschleuderung von Postbus, Post etc.)

WIR BRAUCHEN EINEN HEISSEN HERBST!

Der deutsche DGB hat Stundentlöhnen von 3,5 Euro zugestimmt. Ein derartiger Kniefall vor den Erpressungsversuchen der KapitalistInnen droht auch bei uns. Bei Pensionsreform, Voest-Privatisierung und ÖBB-Zerschlagung wurde der Widerstand zwar begonnen. Man hat ihn aber nicht konsequent weitgeführt sondern letztlich klein beigegeben. Wir können uns weitere Angriffe einfach nicht leisten. Schon jetzt müssen vielen jeden Euro 2-3 mal umdrehen, schon jetzt

gibt es Armut in Österreich.

Wir brauchen entschlossenen Widerstand. Dieser ist aber nur mit einem kämpferischen und demokratischen ÖGB möglich. Und dazu bracht es auch eine politische Vertretung. Ein Blick nach Deutschland, oder auch die SPÖ-Politik in Wien zeigt, dass „rot“-grün keine Alternative, sondern eine Drohung ist.

NEUE ARBEITERINNENPARTEI

Was die ArbeiterInnen brauchen, ist eine Partei, die nicht in der Logik des Kapitalismus gefangen ist und damit letztlich gezwungen ist, den Sozialabbau mitzutragen, um „Standorte zu sichern“. Wir brauchen eine neue ArbeiterInnenpartei, die eine sozialistische Alternative zur Profitoligik vertritt und auch bereit ist, dafür entschieden zu kämpfen.

TERMIN

SLP und SWI Salzburg,
Dienstag, 7. September 19.00

VERANSTALTUNG:
„Schafft längere Arbeitsplätze?“; im „Shakespeare“, Hubert-Sattler-Gasse 3 (beim Mirabellplatz);

SLP Wien,
Mittwoch 18. August,
um 18.00

VERANSTALTUNG:
„Rosa Luxemburg - Sozialreform oder Revolution“; um 19.00

VERANSTALTUNG:
„Dürfen Gewerkschaften Regierungen stürzen?“;
mit Robert Wurm,
Vorsitzender des Zentralausschusses Personalvertretung bei der Postbus AG;

im Amerlinghaus,
Stieglgasse 8, 1070 Wien

Der Standpunkt**Der Zweckoptimist**

von Sonja Grusch

Eine aufmerksame Medienbeobachterin hat mir unlängst gesagt: „Der Schüssel, der beantwortet nie Fragen. Der redet immer über irgend etwas anderes.“ Das ist zweifellos eine von Wolfgang Schüssels herausragenden Fähigkeiten. Noch beachtlicher finde ich allerdings seinen Zweckoptimismus. Seine jüngste Aussage zur FPÖ, nach der es nach dem Linzer Parteitag eine „vernünftige Ausgangslage“ gäbe, deutet auf eine gewisse Realitätsverweigerung hin. Aber was bleibt Schüssel auch anderes übrig? Nachdem aus dem so herbeigeholten Wechsel nach Brüssel nichts wurde, muss er die krisengeschüttelte Regierung gesund reden.

Tatsächlich steht er vor einem Scherbenhaufen: Arbeitsplätze werden vernichtet, eine Hörformmeldung über Rekordarbeitslosigkeit wird durch die nächste Horrmeldung über Armut abgelöst. Der Koalitionspartner ist seit Jahren in einer Dauerkrise, und wechselt die Minister teilweise schneller, als so mancher Österreicher die Unterwäsche. Die Unterstützung für die Regierung ist auf einem Tiefpunkt, ebenso wie das Vertrauen. Aber Wolfgang Schüssel erklärt uns, wie toll alles ist und wie gut die Regierung arbeitet.

Sein Zweckoptimismus hat allerdings doch auch eine reale Grundlage. Durch das Fehlen einer ernstzunehmenden politischen Opposition wurde der Schleudersitz auf dem er seit Februar 2000 sitzt, bisher noch nicht betätigt. SPÖ und Grüne sind weder Willens noch Fähig, Widerstand gegen den sozialen Kahlschlag der Regierung zu organisieren sondern tragen diesen – wo möglich wie in Wien, Burgenland, Salzburg, Kärnten und Oberösterreich – mit. Und mit Verzetsnisch an der ÖGB-Spitze hat Schüssel einen Mann im Gewerkschaftsbund, dessen oberstes Ziel offensichtlich der soziale Friede und die Sozialpartnerschaft ist – auch auf Kosten der ArbeitnehmerInnen.

Das die Scheinwelt des Wolfgang Schüssel noch intakt ist, liegt an der Schwäche der ÖGB-Führung. Notwendig ist es aber, Schüssel auf den Boden der Realität zurückzuholen: Den neoliberalen Sozialkahlschlag durch Arbeitskämpfe zurückzuschlagen. Eine Arbeitnehmerpartei mit einer sozialistischen Führung als Alternative zum etablierten Einheitsbrei aufzubauen. Und Schüssel & Co aus dem Amt zu jagen. Zweckoptimismus mag sein Leben erleichtern, aber wir können uns nicht leisten, in seiner Scheinwelt zu leben.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP) Sitz der Redaktion: 1070 Wien, Kaiserstraße 14/11; Verantwortlicher Redakteur: John Evers; Druck: Druckerei Fiona, Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien; Abzahllungen und Spender: PSK 8812.733 DVR: 08202

183.000 ohne Versicherung - Regierung spart weiter!

Nach einer Studie des Gesundheitsministeriums sind mehr als 183.000 Menschen (2,4%) in Österreich nicht krankenversichert, Tendenz steigend.

von Laura Rafetseder,
SLP Wien Mitte

Lapidarer Kommentar der ÖVP: 98 Prozent der österreichischen Bevölkerung kämen in den Genuss eines Krankenversicherungsschutzes. Damit sei deutlich dokumentiert, dass das österreichische Gesundheitssystem hervorragend sei und Vorbildcharakter für andere Staaten habe, so ÖVP-„Sozialspreecher“. Tatsächlich. Die Zahlen könnte man aber auch anders interpretieren: Noch haben wir ein intaktes Gesundheitssystem. Dennoch fallen bereits jetzt 183.000 Menschen durch das soziale Netz. Es handelt sich hier um Vorboten einer Entwicklung die nicht nur in Richtung eines gewinnorientierten privaten Gesundheitssystems geht. Vor allem Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen – die sich oft selbst versichern müssten – können sich eine Versicherung zunehmend nicht mehr leisten.

MILLIONENSCHULDEN DER UNTERNEHMER

Mehr als 160 Millionen Euro betragen allein die Beitragsrückstände der Wiener Bauwirtschaft bei der Gebietskrankenkasse. Ein Großteil davon ist auf den Sozialbetrag durch sogenannte Scheinfirmen zurückzuführen. Ausbaden müssen die daraus entstandenen Defizite – wenn es nach der Regierung geht – allerdings die Patienten. Leistungsreduktionen sollen die

In einigen österreichischen Spitäler werden zur Zeit schon die ersten Abteilungen geschlossen. So zum Beispiel im Wiener Hanusch-Krankenhaus oder in einigen Spitäler in der Steiermark.

den Abbau von Akutbetten, Privatisierungen, Personalabbau und Krankenhausabschlüsse im Rahmen der geplanten Gesundheitsagenturen beinhalten. Der Rechnungshof erwartet sich durch den Abbau oder die Umwandlung von Akutbetten in Pflegebetten ein Einsparungspotential von 2,9 Mrd. Euro.

**SPITAL OFFENHALTEN
EIN „QUALITÄTS-
SICHERUNGSPROBLEM“?**

Bei effizienterem Wirtschaften der Krankenhäuser, so Krankenkassenchef Kandlhofer (ÖVP), wären etwa in den Bereichs Personal und Einkauf rund 133 Millionen jährlich „lukrierbar“. Man müsste sich überlegen, ob es in jedem Kaff eine Universitäts-Klinik braucht. Beate Hartinger (FPÖ), für die Krankenanstaltenverträge zuständige Geschäftsführerin im Hauptver-

**BEITRÄGERHÖHUNGEN FÜR ARBEITNEHMERINNEN**

2004 kommt es voraussichtlich zu einer Steigerung der Beitragseinnahmen der Krankenversicherung im Ausmaß von 120 Millionen Euro - auf Kosten der ArbeitnehmerInnen. Insgesamt 6,1 Prozent mehr Beiträge muss die Masse der Bevölkerung bezahlen:

„Wenn eine gynäkologische Station in einem Spital nur noch eine Geburt pro Tag durchführt, dann muss man sich schon die Frage stellen, ob es im Sinne der Qualitäts sicherung für die Patienten nicht besser ist, eine solche Station in dringender benötigte Fächer umzuwidmen.“

Mit derartiger Propaganda wird die Schließung von wichtigen Spitalsabteilungen vorbereitet – wie zum Beispiel derzeit im Wiener Hanusch-Krankenhaus. In der Steiermark sollen die Notoperativen in kleineren Spitäler gestrichen und in sogenannte Leitspitäler verlagert werden. Dabei kann es zu einer Anfahrtzeit bis zu einer Stunde kommen – das kann im Notfall auch den Tod des Patienten bedeuten.

Bei effizienterem Wirtschaften der Krankenhäuser, so Krankenkassenchef Kandlhofer (ÖVP), wären etwa in den Bereichs Personal und Einkauf rund 133 Millionen jährlich „lukrierbar“. Man müsste sich überlegen, ob es in jedem Kaff eine Universitäts-Klinik braucht. Beate Hartinger (FPÖ), für die Krankenanstaltenverträge zuständige Geschäftsführerin im Hauptver-

bezahlen: Mehr Arztkontakte würden nicht automatisch bessere Gesundheit bedeuten – so Kandlhofer zynisch. Stehen wir also vor einer Entwicklung wie in den USA wo sich Menschen Arztbesuche und Operationen einfach nicht mehr leisten können?

Wir meinen: Wenn sich die Gesellschaft Gesundheit nicht „mehr leisten kann“, dann muss am System etwas faul sein: In einer wirklich menschlichen Gesellschaft, einer sozialistischen Gesellschaft, ist der Maßstab für Effizienz die Gesundheit der Bevölkerung und nicht, ob das Gesundheitssystem kostendeckend arbeitet. Ein gemeinsamer Kampf von Beschäftigten, PatientInnen und AnrainerInnen ist notwendig um Krankenhausabschlüsse und die Angriffe auf das Gesundheitssystem zurückzuschlagen!

TERMIN

SLP Wien
Mittwoch 11. August
um 18.00

VERANSTALTUNG: „Friedrich Engels: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“;

um 19.00

VERANSTALTUNG: „Läßt die SPÖ Frauen im Stich?“; An gesichts des Sozialabbaus auch in Wien eine Diskussion mit Veronika Adensamer (SPÖ)
im Amerlinghaus,
Stiftgasse 8, 1070 Wien

Nulldefizit jetzt auch bei der SLP!

Grasser holzt Bundesforste ab

von Albert Kropf,
SLP-Finanzverantwortlicher

Mit dem Antritt der schwarzblauen Regierung hat sich die Radikalität der neoliberalen Angriffe erhöht. Dazu kommt die Alternativlosigkeit der etablierten Parteien SPÖ und Grüne in der Opposition. Streiks als politische Normalität in Österreich, sind nur ein Ausdruck dieser Entwicklung. Ebenso stiegen die Aufgaben- und Ausgaben (!) – der SLP sprunghaft an.

EINE KURZE BILANZ

Eine vollständige Liste der Kämpfe an denen sich die SLP in den letzten Jahren aktiv beteiligte würde den Rahmen eines Artikels sprengen. Nur stellvertretend seien erwähnt: die über zwei Jahre dauernden Donnerstagsdemonstrationen, die Kandidaturen bei lokalen Wahlen (Gemeindewahl in Wien 2001, AK Wahl 2000 und 2004, An-

treten bei den Nationalratswahlen 2002), die Beteiligung und Intervention bei den Streiks gegen den Pensionsraub, die Privatisierung des Postbusses, der Kampf gegen die radikalen Abtriebsgegner (inklusive gewonnenem Gerichtsprozess) und schließlich die Initiative zur Gründung der Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften. Das alles hat neben viel Zeit und Einsatz unserer Mitglieder auch viel Geld gekostet.

WOFÜR GIBT DIE SLP GELD AUS?

Geld wie für die Aufrechterhaltung unseres Büros mit Miete und Telefon (ca. 800,- Euro), oder die monatlichen Kosten für unseren Kopierer (ca. 200,-) um flexibel und spontan auf Bewegungen reagieren zu können, der Druck unserer Zeitung (ca. 400,-) und schließlich auch für die (schlechte) Bezahlung unserer

Entgegen anderslautender Gerüchte brauchen leider auch sozialistische Organisationen Geld

Bundessprecherin Sonja Grusch. Alles in allem brauchen wir mindestens 2.000 Euro Einnahmen im Monat.

Zur Zeit geben wir aber mehr Geld aus als wir einnehmen. Gelingt es uns nicht das entstandene Loch zu stopfen, werden wir auf der einen oder anderen Seite Abstriche machen müssen. Egal worum es sich dann konkret handeln würde, eines ist klar; es würde die Arbeit der SLP entscheidend treffen und schwächen!

**WAS KANN ICH TUN?**

Während sich Finanzminister Grasser ungeniert bei den Steuerzahldern, der ÖBB oder den Bundesforsten (Kurier v. 1.7.04: Grasser holzt Bundesforste ab) bedient, um die Steuergeschenke an Großkonzerne, Reiche und seine Homepage zu finanzieren, rufen wir alle, die Interesse an der Arbeit der SLP haben auf, sich zu überlegen, ob sie nicht einen Beitrag leisten können.

Das kann eine einmalige Spende oder auch ein All-in-

clusive Abo (inkludiert alle neu erscheinenden Publikationen der SLP), bei dem ein fixer Betrag von mindestens 7,- monatlich auf unser Konto überwiesen wird, sein. Die beste Variante die SLP zu unterstützen ist und bleibt natürlich: Eintreten und mitkämpfen für eine sozialistische Alternative!

S P E N D E N

Spende auf unser Konto
PSK 8812.733

Der Widerstand lebt!

Betriebsräte und Beschäftigte im Sozialbereich in der Offensive.

von Michael Gehmacher,
Betriebsrat im Sozialbereich
(ÖHTB)

Am 1.7. fand ein Aktionstag des Wiener Sozialbereiches - mit öffentlicher Betriebsversammlung (!) - vor dem Wiener Rathaus statt.

Ebenfalls am 1.7. nahm in Wien der Fonds Soziales Wien (FSW) seine Tätigkeit auf. Das bedeutet eine Ausgliederung weiter Teile der öffentlichen Sozialverwaltung, der Altenpflege, des Behindertenwesens und der Wohnunglosenhilfe (siehe Vorwärts Nr. 136). Die Gemeinde Wien gibt die politische Verantwortung damit weitgehend an eine privatrechtlich organisierte "Firma" ab.

Auch wenn diese (noch) im Besitz der Gemeinde Wien bleibt: Ab 1.7. ist diese Struktur - ohne jede Möglichkeit der demokratischen Kontrolle - für einen Bereich mit 15.000 Beschäftigten, 60.000 LeistungsbezieherInnen und einem Budget von 700 Millionen Euro zuständig! Der wahre Hintergrund für die Maßnahme wird von der SPÖ ohne Scham zugegeben: Laut Rathausangaben soll diese "Strukturreform - Soziale Sicherheit in Wien" jährlich 20 Millionen Euro Einsparungen bringen. Gleichzeitig steigt durch Sozialabbau und Arbeitslosigkeit aber der Bedarf nach kommunalen Sozialleistungen. Klar ist daher: Wenn es keinen starken Widerstand von den Belegschaften der betroffenen Firmen gibt, wird es zu massiven Verschlechterungen

für Beschäftigte und sozial Bedürftige kommen!

GEWERKSCHAFFTSEKRETÄRE GEGEN BESCHÄFTIGTE UND BETROFFENE?

Anfang des Jahres gründete sich die "Plattform Soziales in Wien", mit einigen Betriebsräten, dem Berufsverband der BehindertenbetreuerInnen und den zuständigen Gewerkschaften. Mit der Zeit gelang es vor allem der GPA-Spitze und der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (GdG) die politische Kontrolle über die ursprünglich unabhängige Initiative zu bekommen. Dies ist deshalbbrisant, weil der Wiener Landessekretär der GPA - Norbert Scheid - und der GdG-Landessekretär - Rudolf Hundsdorfer - als SPÖ-Gemeinderäte der Ausgliederung des Sozialbereichs zustimmten! Eine Aktivität

der Plattform war bisher eine Podiumsdiskussion mit dem FSW-Chef Peter Hacker, der diese geschickt zu einer FSW-Werbeveranstaltung umfunktionierte. Bei einem Treffen in der GPA wurde daher beschlossen, am ersten Juli eine öffentliche Aktion zu machen. Der Vorschlag zu Aktionen am 1.7. wurde von Vertretern der "Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften" eingeführt und mit dem spürbaren Widerwillen der GPA-Sekretäre beschlossen. Schon beim Treffen in der GPA bildete sich daher eine Gruppe von Beschäftigten und Betriebsrätern heraus, um die Aktion vorzubereiten. Im Laufe des Juras nahm die Unterstützung der Gewerkschaften laufend ab. Zuerst kein Geld, dann keine Infrastruktur, zum Schluss blieb auch die politische Unterstützung

aus. Gleichzeitig wurden die Pläne der OrganisatorInnen immer ehrgeiziger. Zum Schluss stand der Aktionstag von 9 Uhr früh bis 17 Uhr Nachmittags auf festen Beinen. Ab 9 Uhr "Aktionsfrühstück", ab 12 Uhr Kundgebung, und ab 14 Uhr eine öffentliche Betriebsversammlung, das alles auf der Wiese vor dem Rathaus, während drinnen der Gemeinderat tagte. Zu der Betriebsversammlung hatten die Betriebsräte von Jugend am Werk, ÖVSE, LOK, Aufakt, Balance, Lebenshilfe und ÖHTB aufgerufen, sie vertreten rund 2000 KollegInnen. Neben Musik und Buffet kamen Betriebsrätern, Beschäftigte, betroffene Eltern zu Wort.

BREITE SOLIDARITÄT

Wichtig war die gelebte Solidarität jener Initiativen, Par-



teien, Berufsorganisationen und Betriebsrätern sich mit dem Sozialbereich solidarisierten. Dazu gehören: der Berufsverband der BehindertenbetreuerInnen, Attas Österreich, die Grünen und die SLP. Außerdem die KollegInnen von Veloce, der MA11, Robert Hobek vom Postamt Liesing und Robert Wurm vom Postbus (er bot an die nächste Mobilisierung des Sozialbereichs mit Postbussen zu unterstützen).

Das Auftreten von streikfahrenden KollegInnen war ein wichtiges Signal. Es ging nicht zuletzt darum, den Verantwortlichen in der Gemeinde Wien klar zu machen, dass viele KollegInnen im Sozialbereich von diesen Kämpfen lernen.

Geraide der Beitrag der Veloce-KollegInnen war hier ein wichtiges Symbol. Bei einem kurzen Treffen einiger OrganisatorInnen der Aktion, schätzten wir den 1.7. als Erfolg und wichtiges Signal ein. Weitere Aktionen im Herbst sind daher durchaus möglich.

TERMIN

Mittwoch 1. September
um 19.00; SLP Wien

VERANSTALTUNG: „Heisser Herbst? Schwarz-Blau wie lange noch? Perspektiven für SozialistInnen in Österreich“; Amerlinghaus, Stiftsgasse 8, 1070 Wien

Ihr da oben ...

400 000 Haushalte schwer verschuldet

Die Schildnerberatung erachtete, dass 100.000 Haushalte derzeit in Österreich ihre Schulden nicht mehr abzahlen können und 300.000 so tief verschuldet sind, dass sie "an der Kippe" stehen. Bei ihren Klienten haben die Schildnerberater durchschnittlich etwa 66.000 Euro Verbindlichkeiten erfasst. Der Verfasser des Artikels meinte dazu, dass viele ÖsterreicherInnen über ihren Verhältnissen leben würden. Diese zynische Erklärung entspricht wohl kaum der Wahrheit, denn die Zahlen sind durchaus realistisch, wenn man bedenkt, dass rund 1 Mio. ÖsterreicherInnen akut von Armut betroffen sind.

Postbus: Wieder Streik trotz Medienhetze

Seit Anfang Juni ist es offiziell: Die Teilprivatisierung der Post- und Bahnbusse soll noch bei Herbst über die Bühne gehen. Die Stilllegung vieler Linien und Entlassungen drohen jetzt. Bei den Dienststellenversammlungen am 16. Juni meinten viele KollegInnen, dass entschiedene Maßnahmen notwendig seien. Die KollegInnen vom Postbus haben schon 2002 gezeigt, dass sie sich - trotz Medienhetze - wehren können: 3 Tage lang wurde damals gegen den Verkauf des Postbusses an die ÖBB gestreikt - damals noch ein Tabu bruch. Wir meinen, dass eine Ausweitung des Kampfes auf andere von Kürzungen betroffene Bereiche nötig ist - etwa durch einen gemeinsamen Streiktag des gesamten öffentlichen Dienstes.

Wirtschaftskammer gegen demokratische Rechte

Nach dem erfolgreichen Streik beim Veloce-Fahrradbetrieb klagen nun das Unternehmen zusammen mit der Wirtschaftskammer gegen die Wahl des Betriebsrats durch die dort atypisch Beschäftigten.

SLP-Mitglied zum Betriebsrat gewählt

Mit Sven Hilberth wurde ein SLP-Mitglied bei Radio Orange 94.0 zum Obmann des neu gebildeten Betriebsrats gewählt. Wir gratulieren!

Grüne voll auf Kapitalismuskurs

Eine interne Arbeitsgruppe bereitet die Grünen fieberhaft auf den Regierungseintritt vor. AG-Mitglied und Budgetsprecher Kogler versucht dabei, die neoliberale SPÖ noch zu übertrumpfen: Diese lasse "die Balance bei Einnahmen und Ausgaben zu sehr außer Acht". Passend zu solchen Ansagen: Das im Herbst erscheinende Werk der Plattform schwarz-gruen.org mit Beiträgen prominenter ÖVP- und Grüne-PolitikerInnen.

... wir da unten!

Der Konzern ÖGB: Was bringen Gewerkschaften als Kapitalisten?

von Florentin Döller, SLP Wien-Margareten

Im Zuge der Zusammenlegung der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA), der Gewerkschaft Metall-Textil (GMT) und drei kleineren Gewerkschaften zur "Neuen Gewerkschaft - G5" begann auch eine Diskussion über das Immobilienvermögen der GPA (10.000 Wohnungen, 50% der Shopping Mall im Wr. Gasometer, 400 Millionen Euro). Insgesamt verfügt der ÖGB über eine Fülle von Beteiligungen an den verschiedensten Unternehmen, deren Wert sich laut News in Summe auf rund sechs Milliarden Euro beläuft.

Wirtschaftsmacht ÖGB

Die meisten ÖGB-Beteiligungen werden über die Gewerkschaftsbank BAWAG gehalten. Diese gehört seit kurzem wieder zur Gänze dem ÖGB. Über den Kaufpreis der Anteile der Bayerischen Landesbank wurde laut ÖGB-Finanzchef Weninger "Stillschweigen vereinbart". Die BAWAG wiederum besitzt die PSK-Gruppe, die Sparda-Bank und die Verkehrskreditbank. Sie ist damit die viergrößte Bankengruppe Österreichs. Weiters gehören dem ÖGB 41,5 % des Privatsenders ATV+, 20 % der Österreichischen Nationalbank sowie der Großteil der Österreichischen Lotterien. Weitere Beteiligungen gibt es noch bei den Casinos Austria, Cosmos/Köck, Atomic, Voest Alpine und Bösendorfer.



"Ohne Börsenspekulation" - sollte auch für den ÖGB selbst gelten!

Der ÖGB als Kapitalist

Auf welcher Seite steht der ÖGB als "Kapitalist"? Als eine mögliche Antwort auf diese Frage kann die Ausgliederung des Zahlungsverkehrs bei der BAWAG/PSK gesehen werden. Diese wurde durch den Vorstand - wird vom ÖGB eingesetzt - trotz massiver Proteste des Betriebsrates durchgezogen. Die wirtschaftliche Tätigkeit des ÖGBs ist allerdings auch unmittelbar mit seinen SpitzenfunktionärInnen verbunden. So ist ÖGB-Finanzchef Weninger auch gleichzeitig Aufsichtsratspräsident der BA-

WAG/PSK. Hans Sallmutter, Vorsitzender der GPA, besitzt ein Prozent der GPA-Wohnbau-Genossenschaft - ein Wert der sich auf rund vier Millionen Euro (!) beläuft.

Was braucht eine Gewerkschaft?

Es ist außer Zweifel zu stellen, dass es für eine Gewerkschaft sehr wichtig ist unabhängig vom Kapital zu sein und daher über eine gewisse Infrastruktur (Gewerkschaftsheim, Medien, Druckereien, Verlage,...) verfügen zu können. Aber wozu ist der ÖGB auch Aktionär der Österreichischen Lotterien und der Casinos Austria? Das Beispiel der Pleite des Gewerkschaftsbetriebs Konsum vor einigen Jahren, zeigte darüber hinaus wie heikel die Frage des Verhältnisses Wirtschaft und Gewerkschaft tatsächlich ist. Wirtschaftliche Aktivitäten die nicht unmittelbar in ein offensives Gesamtkonzept der ArbeiterInnenbewegung einbezogen sind - wie es die Konsumgenossenschaften als Schulen der Selbstverwaltung vor 100 Jahren im Gegensatz zum späteren Konsum waren - sind ein Mühlstein für kämpferische Gewerkschaftspolitik. Nicht wirtschaftlicher Erfolg im kapitalistischen System, sondern "was ist der politische Nutzen für die ArbeiterInnenbewegung (?)" kann die einzige gültige Richtschnur für wirtschaftliche Aktivitäten des ÖGB sein.

Am Beispiel BFJ: Die rechtsextreme Bedrohung

Mit "Sozialistischer Widerstand International" (SWI) startete die SLP im Juni eine neue Kampagne:
"Gemeinsam gegen rechtsextreme Gewalt - BFJ stoppen!"

von Franz Breier jun., SLP Wien Mitte

Mit "Sozialistischer Widerstand International" (SWI) startete die SLP im Juni eine neue Kampagne: "Gemeinsam gegen rechtsextreme Ge-

Aus den Publikationen des BFJ

In der Ausgabe 30 (Mai 2004) des "Jugend Echo" bedauert der BFJ die Aufhebung der Ehrenbürgerschaft für Adolf Hitler durch den Gemeinderat des Marktes Haslach (Bezirk Rohrbach). Der Bürgermeister meinte zurecht: "Dies war ein demokratie-hygienischer Akt". Der BFJ dazu: "Na dann ein hoch auf unsere hygienische Demokratie und auf unsere sauberen Demokraten die nichts wichtigeres zu tun haben als bereits Verstorbene aus der Ehrenbürgerschaft zu streichen."

walt - BFJ stoppen!". Dass wir diesen "Bund freier Jugend" ins Zentrum antifaschistischer Aktivitäten rücken, hat gute Gründe. Von ihm geht eine große Bedrohung aus. Er ist DIE Organisation aus der rechten Szene, die jetzt gestoppt und letztlich zerschlagen werden muss. Im folgenden Artikel erklären wir warum und wie.

RECHTSEXTREME "ÜBERZEUGUNGSTÄTER"

Der BFJ ist die derzeit gefährlichste rechtsextreme Jugendorganisation in Österreich und nach dem "Ring freiheitlicher Jugend" (RFJ, Teil der FPÖ) auch die stärkste. Er ist vor allem in Oberösterreich aktiv und pflegt beste Verbindungen zu Nazis in In- und Ausland. Der BFJ bezieht sich positiv auf das Dritte Reich und den Vernichtungsfeldzug der Wehrmacht. Er ist offen rassistisch und antisemitisch. Er verbreitet regelmäßig Publikationen und betreibt eine Homepage. Doch das alleine ist noch nicht alles. Es gibt viele Gruppen und Organisationen, die solche Standpunkte vertreten. Die wesentliche Gefahr des BFJ ergibt sich aus den Aktivitäten, die er auf Grundlage seines Weltbilds setzt und in weiterer Folge setzen möchte. Der BFJ will eine schlagkräftige Truppe von "Überzeugungstäter[n]" ausbilden. Diese sollen sich in ihrer Entschlossenheit von den "Ich-hab-nicht-gewusst-was-ich-tue-Lumpen" abheben. (Zitate aus Publikationen des BFJ, gesammelt unter www.doewat.at) Unter anderem attackiert der BFJ schon jetzt Aktionen und Kundgebungen fortschrittlicher und antifaschistischer Organisationen.

DROHUNGEN GEGEN ANTIFASCHISTINNEN

Der BFJ verfügt derzeit über ein Umfeld von über 100 Personen in OÖ einen Kern von ca. 20

in Linz und Umgebung. Mit voller Mobilisierung kann und wird er so manchen Demonstrationen von linken und fortschrittlichen Organisationen Schwierigkeiten machen. Im Frühjahr 2004 fühlte sich der BFJ besonders stark und be-

drohte AntifaschistInnen in Wels und Linz. Zum Beispiel gaben sich zwei ihrer Aktivisten als "Linke" aus und "besuchten" unser Treffen, um an Informationen zu kommen. Das war zwar erfolglos, doch sie deponierten eine unmissverständliche Drohung: sie sprachen von "Todes-" und "Schwarzen Listen", die in Nazi-Kreisen existieren sollen und ob wir "davon wüssten?". Was ernsthafte Rechtsextremisten und Faschisten von "bloßen" Schlägern unterscheidet, ist eine langfristige Strategie. Der BFJ hat eine solche: ein seit mindestens drei Jahren beim BFJ aktives Mitglied gibt sich in seinem Wohnviertel seit rund zwei Jahren handzahm, betonte gegenüber anderen Jugendlichen, er habe nichts (mehr) mit der rechten Szene zu tun und ließ auch keine auffälligen Sprüche vom Stapel. So versuchte er, Leute gezielter ansprechen zu können (ohne die Gefahr, gleich als rechtsextrem verschrien zu werden).

NOCH ZU SCHWACH UM MASSIV AUFZUTRETEN

Natürlich wachsen für den BFJ die Bäume nicht in den Himmel. Er hat auch Schwächen, aus denen man jedoch nicht den Schluss ziehen sollte, der BFJ sei wirklich nur eine Ansammlung von verwirrten Figuren. Die Treffen des BFJ sind geschlossene Veranstaltungen. Er traut sich (noch) nicht, die Adresse seines Lokals anzugeben und für diese Treffen offen zu werben. Damit erkennt er an, dass das Kräfteverhältnis im Allgemeinen heute noch zu seinen Ungunsten steht. Zum Beispiel würde eine ordentliche antifaschistische Mobilisierung ein solches Treffen garantieren stoppen können! Während des "Austrian Social Forums" im Juni in Linz wurde der BFJ aufgrund des Drucks von etwa 50 AntifaschistInnen von der Polizei mit einem Platzverbot vor der Volkshochschule belegt. Der BFJ

gehörchte und argumentiert diesen Rückzug in einer Aussendung damit: "Aus Vernunftgründen und der Einsicht, dass es dummköpfig wäre dem Gegner einen solch leichten Sieg zu gönnen, zogen die nationalen Aktivisten ab." Das sind die gar nicht so mutigen BFJ-Aktivisten, die sich von "langwierigen, sinnlosen Behördenlästereien" (BFJ) abhalten lassen. Dass ihnen überdies von einem jungen Antifaschisten die restlichen Flugblätter weggenommen wurden, erwähnen sie gleich gar nicht.

IN DER TRADITION DER FASCHISTEN?

Der BFJ ist sicher noch keine Schlägertruppe wie es die faschistischen "Sturmabteilungen" (SA) oder die Kampfbünde Mussolinis in den 1920er Jahren waren. Genauso wenig darf er aber verarmlost werden - denn auch die Faschisten Deutschland, Italien und anderswo haben mit einer Handvoll Leute begonnen ihre Hetze und rechte Gewalt zu verbreiten. Wir sind der Meinung, dass in der Ideologie und dem Auftreten des BFJ bereits jetzt Anklänge und Parallelen zu den "klassischen" faschistischen Organisationen der 20er Jahre zu finden sind (siehe Kasten und auch S. 8). Gerade an ihrem Beginn vollzogen die Faschisten einen oft extremen Spagat zwischen seriösem Gehabe und bewussten - antisemitischen, rassistischen und antikommunistischen - Provokationen. Beim BFJ ist der Zug zu einem immer aggressiveren Auftreten gegen MigrantInnen und Linke deutlich zu erkennen.

Das wahre Gesicht dieser Organisation wird immer stärker zum Vorschein kommen, je mehr sie wächst. Wachsen wird der BFJ dann, wenn er weiterhin freie Möglichkeiten hat, Kundgebungen abzuhalten und sich

ungehindert zu treffen. Das beste Mittel gegen Gewalt ist somit, den BFJ in seinem Aufbau völlig zurückzudrängen. Doch mit welchen Methoden ist das möglich? Es gibt in Österreich zwar ein in der Verfassung verankertes Gesetz gegen nationalsozialistische Wiederbetätigung. Es kann sein, dass auch der BFJ aufgrund des Drucks gegen ihn in absehbarer Zukunft von staatlicher Seite verboten werden wird. Dies geschah auch 1975 mit der "AfP", aus der der BFJ als Jugendgruppe entstand. Doch ebendiese Organisation gründete sich kurz darauf mit leicht geändertem Namen wieder. An den grundlegenden Problemen ändert ein Verbot leider gar nichts. Vor allem erwiesen sich die Behörden selbst immer wieder als völlig ungeeigneter antifaschistischer "Bündnispartner".

GESINNUNGSTERROR, IN DIESEM HAUS

nämlich im Gebäude der Volkshochschule Linz, wird gerade jetzt, zu dieser Stunde, eine solche Hetze betrieben. Verantwortlich dafür sind - wie immer - selbststimmante Antifaschisten. Gut versteckt unter dem Mantel der Humanität und Menschlichkeit.

Wir wollen keine Verbotsgesetze, sondern freie Meinungsäußerung

Doch aufgepasst: Ihr Wollen ist ein Aderlass! Ein Klima des Gesinnungs- und Meinungsterrors wird erzeugt, indem es systematisch- und freudenlos Menschen unmöglich gemacht werden soll nur ein Wort zu äußern, ohne dafür mit dem Moral-Schwert der „politisch Korrekten“ oder dem Arm des Gesetzes (diese Kreise fordern strengere Gesetze und somit Handlanger des Überwachungsstaates) unterdrückt und erschlagen zu werden!

Hinter diesen „antifaschistischen Gruppen“ steht natürlich deren Angst, andere Meinungen aufkommen zu lassen - denn wer keine Argumente hat, dem bleiben nur Verbot!

Und hinter all dem steckt auch (neben Angstschwelle und kurzer DOW) das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Argumente seit 1945 für eine Meinungsäußerung!

Es ist offenkundig und mit richterlichem Urteil als zulässig bestätigt, dass er sich beim DOW unter der Leitung von Wolfgang Neugebauer um eine linksextreme Subversion betreibende polyparallele Tarnorganisation handelt und diese ein Klima des Gesinnungs- und Meinungsterrors schafft sowie mit Lüge, Fälschung und Denunziation arbeitet. Folgend Experteneinmeinungen ist das DOW darauf spezialisiert, Organisationen und Einzelpersonen anzugreifen, die das unveräußerliche Menschenrecht des Bekennens zum eigenen Volk ernst nehmen.

Schluss mit der dummen Hetze!

WIR WOLLEN KEINE VERBOTSGESETZE, SONDERN FREIE MEINUNGSÄUERUNG!

An Kontakt mit BFJ: PF 40, 4814 Marchtrenk oder e-mail: bfj_info@gmx.at
Bund Freier Jugend - frei & sozialistisch
Liberale, Modernisierende, Pionierende und Honorable Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik (BL) plus
Karl Marus, 2. Grazer, 8. April-Marsch

BFJ-Flugblatt in dem die Aufhebung des NS-Verbotsgesetzes gefordert wird.
Das Flugblatt wurde in Linz im Juni 2004 verteilt.

Woher kommt der BFJ?

Krise steckt und sich rechtsextreme und faschistische Kreise neu formieren. Andreas Möller und Ewald Stadler versuchen derzeit, in und um die FPÖ, in Österreich und international, rechtsextreme und faschistische Kräfte zu sammeln und die Führung in der FPÖ zu übernehmen. Dies hat an der Macht jene Politik gemacht, gegen die sich angeblich ins Feld gezogen ist. Dadurch verlor sie größte Teile der Proteststimmen der 90er Jahre. Es ist nicht ausgeschlossen, dass es in bzw. aus der FPÖ heraus zu einer Art Neugründung oder gar Abspaltung kommt. Darüber wäre auch eine organisatorische Annäherung des BFJ an eine solche politische Formation gut möglich.

PHASEN IM AUFBAU DES BFJ

Der BFJ kann heute noch nicht alles das machen, was er tun will und wollen würde, hätte er die Macht dazu. Es gibt im Aufbau rechtsextremer und faschistischer Gruppen verschiedene Phasen. Zuerst muss ein Kern überzeugter und fanatischer Aktivis-

ten gefunden und dieser ausgebildet werden. In einer solchen Phase sind öffentliche Auftritte meist nicht sinnvoll - vielmehr finden Treffen geheim statt, man gefällt sich in der Rolle der "Aufrechten", verfolgt von "linken Gutmenschen" und "dem Staat". Hat sich ein solcher Kern gebildet und eine Gruppe um sich geschart, muss diese mit diversen Aktivitäten eine eigene Identität aufbauen und sich "nützlich machen". Damit beginnen erste Veröffentlichungen, Infostände oder Teilnahmen an Demonstrationen und Festen z.B. in Deutschland. Fühlt sich die Gruppe stark genug, um auf Aktionen und Kundgebungen linker und antifaschistischer Gruppen aufzutreten (und sei es nur am Rande), wird auch das probiert. Man fotografiert und versucht, einzuschütern. Ein Foto plus etwas Text über solch "tapfere" Aktionen auf diversen Nazi-Internet-Plattformen stärken das Selbstvertrauen der Jungrecken. Dann geht es Schlag auf Schlag - die Provokationen und Pöbeln nehmen an Härte zu. Drohungen gegen linke AktivistInnen werden ausgesprochen, Drohansagen getötigt. Am diesjährigen "Austrian Social Forum" warfen BFJ-Jer ein Bündel explodierender Knallkörper auf den Campingplatz. Das zeigt, in welche Richtung es gehen soll.

AUSSERHALB DER FPÖ

Die Erfolge im Aufbau des BFJ der letzten Jahre sind gerade deswegen von Bedeutung, da die offizielle FPÖ in einer schweren

Am Beispiel der deutschen NPD: Wie der Staat versagt

Ein drastisches Beispiel für die Untauglichkeit staatlicher Mitteln im Kampf gegen Rechts liefert Deutschland mit dem Verbotsverfahren gegen die faschistische NPD (auch mit der hat der BFJ Verbindungen). Diese Aktion der SPD-Grün-Regierung endete in einem Desaster. Im Zuge des Verfahrens wurde bekannt, dass der Staat selbst über sogenannte "V-Männer" innerhalb der NPD aktiv war. Dies führte ganz praktisch zur Stärkung der faschistischen Kraft. Eine Bundestags-Abgeordnete meinte in einem Interview der Tageszeitung "Junge Welt" 2002: "Man kann sicher sagen, dass hier eine staatliche Struktur mit einer neofaschistischen Organisation kooperiert hat. In den Vorständen der NPD war jeder siebte ein V-Mann. Diese V-Leute haben keine Straftaten verhindert, sondern waren nachweisbar selbst an Straftaten beteiligt." 2003 beendeten die zuständigen Richter dieses Verbotsverfahren abschlägig. Darauf zu hoffen, durch staatliche Verbote könnte die braune Gefahr gebannt werden, erwies sich als falsch. Überdies merkt unsere deutsche Schwesterorganisation "Sozialistische Alternative" an: "Gleichzeitig werden NPD-Aufmärsche weiterhin genehmigt und oftmals durch brutale Polizeieinsätze gegen AntifaschistInnen durchgesetzt." (aus dem Programm zur Bundestagswahl 2002). Der bekannte Nazi-Aussteiger und Aktivist der "Sozialistischen Alternative" Jörg Fischer berichtet am 15. Juni von den Ergebnissen faschistischer Organisationen bei den Wahlen am 13. Juni 2004: Die NPD ist "offenkundig aus dem durch den Verfassungsschutz zum Scheitern gebrachten Verbotsverfahren zumindest mittelfristig gestärkt hervorgegangen."

WAS TUT DIE POLIZEI?

Der BFJrottete sich am 20.3.2004 in Wels mit rund 100 Rechtsextremen aus Österreich und Deutschland zusammen. Die Polizei wusste schon Stunden davor Bescheid. Was tat sie? Nichts! Obwohl im Vorfeld der zuständige "Sicherheitsdirektor" sogar einem Grünen Landespolizisten gegenüber versicherte, man werde das Treffen nicht über die Bühne gehen lassen ... Am 5.6.2004 verteilt der BFJ vor einer Veranstal-

eine Jugendgruppe wie Jungschar, Pfadfinder oder Sozialistische Jugend. Er stellt eine Bedrohung dar und das unabdingbar davon, ob es Mitläufer in seinem Umfeld gibt oder nicht. Die Auseinandersetzung mit der rechten Gefahr wird letztlich nicht durch Mitteln der Sozial- und Jugendarbeit gewonnen werden können. Sie ist vor allem eine politische Frage - die Konfrontation mit dem Todfeind der organisierten ArbeiterInnenbewegung und Linken.

Aus den Publikationen des BFJ

In der Ausgabe 1/2004 des "Jugend Echo" schreibt der BFJ aufgrund nicht näher erläuteter "biologischer Erkenntnisse" von einer drohenden "Überfremdung". Der Hetzartikel gipfelt in der Forderung, "Ausländer" müssten "als solche erkennbar bleiben!" Im Aufruf zum "Tag der volks-treuen Jugend" am 20.3.2004 heißt es: "Reichen wir uns die Hände und ziehen wir - Deutschlands Jugend - an einem gemeinsamen Strang. Sehen wir voll Zuversicht in die nahende Zukunft aus der uns unsere Feinde ausschließen wollen und beginnen wir wieder zu glauben. Denn alles tritt hinter diesem einigenden Glauben zurück. Dem Glauben an Deutschland."

tung im Rahmen des "Austrian Social Forum" Flugblätter, in denen er die Aufhebung des Verbotsgesetzes fordert. Danach fahren BFJ-Mitglieder mit einem Auto dreimal gegen die Einbahn und brüllen ihre Hassparolen. Eine etwa 40-jährige Frau aus Wien fragt den Polizisten, warum man ungerecht gegen die Einbahn fahren kann. Die Polizei unterbindet dies nicht. Ein anderer Augenzeuge berichtet, dass sich der Beamte nicht einmal das Kennzeichen notiert hat. Wir halten diese offensichtliche "Blindheit" der Behörden auf dem rechten Auge für keinen Zufall. Sie hängt mit der Struktur des - bürgerlichen - Staates zusammen. Die Behörden vollziehen immer schlammrassistische Gesetze gegen MigrantInnen. Ebenso kam es voriges Jahr auch zu ersten Zwischenfällen zwischen Streikenden und der Exekutive. Es ist anzunehmen, dass vor allem diese Tendenzen weiter zunehmen werden. Weiters gab es immer wieder massive Versuche der Polizei linke DemonstrantInnen - wie SLP-Bundessprecherin Sonja Grusch - zu kriminalisieren. Gewalt und Übergriffe der Polizei gegen MigrantInnen (nicht zuletzt mit Todesfolge) und Linke werden von der Regierung und den Behörden vertuscht und verharmlost. Mit der FPÖ sitzt selbst eine rechtsextreme Partei an den Schaltthebeln der Macht, die sich zuweilen ähnlicher Parolen wie der BFJ bedient. Regierung und Behörden haben in der Vergangenheit mehr als einmal bewiesen, dass sie nicht der wirkliche Gegner rechter Gewalt sind. Ihr Feindbild, das sind primär aktive Linke, MigrantInnen, SozialistInnen und GewerkschafterInnen.

MIT RECHTSEXTREMEN REDEN?

Es kann durchaus Sinn machen, mit Jugendlichen, die sich als "rechts" sehen oder Mitläufer sind, auch mal zu diskutieren. Das tun wir, wenn sich die Möglichkeit bietet. Aber solche Gespräche sind nicht immer möglich; z.B. wenn "rechte Mitläufer" in Gruppen auftreten, die das tun sehr oft, wird es gefährlich. Der Gruppendruck ist stark und meist ist auch noch Alkohol im Spiel. Dann gibt es meist keinen Platz für Argumente, für "drüber nachdenken", "miteinander reden"; sondern Drohungen und Gewalt. Und außerdem ist der BFJ keine Organisation, bei der Jugendliche "einfach so" dabei sind oder

DAS BESTE MITTEL: MOBILISIERUNGEN

Der Kampf gegen Rechts kann unserer Ansicht nicht dadurch geführt werden, sich in bloßen Schlägereien mit Rechtsextremen aufzuteilen. Es handelt sich hier nicht um ein Katz-und-Maus-Spiel. Wenn es nötig ist, sich gegen rechtsextreme Übergriffe zu verteidigen, dann sollte versucht werden, möglichst viele Menschen zusammenzubringen. Organisierte Notwehr gegen rechte Gewalt ist vollauf gerechtfertigt. Dies muss mit einer weitergehenden Strategie verbunden sein: Um zu verhindern, dass der BFJ seine Hetz-Flugblätter verteilt, andere Organisationen angreift und dergleichen, sind Mobilisierungen das beste Mittel! Durch Kundgebungen und Demos kann verhindert werden, dass es als "normal" angesehen wird, dass sich Nazis und dergleichen offen zeigen, Menschen einschüchtern oder verprügeln. Dabei geht es nicht um "Bandenkriege" zwischen "links" und "rechts". Je mehr Menschen sich an solchen Aktionen beteiligen, desto reibungsloser werden diese ablaufen. Mit solchen Demos oder Kundgebungen kann den Rechtsextremen gezeigt werden, dass es mit dem Kräfteverhältnis zu ihren Ungunsten steht. Was aber noch wichtiger ist: so schafft man Selbstvertrauen bei antifaschistischen Menschen und vor allem Jugendlichen.

BFJ OUTEN!

Gerade angesichts einer Reihe von Drohungen des BFJ gegen uns und andere AntifaschistInnen ist eines von größter Wichtigkeit: Öffentlichkeit! Der BFJ muss geoutet werden, als das was er ist. Er muss durch viel Information und gezielte Aktionen gemeinsam mit anderen Betroffenen und Anrainern isoliert werden, wo er auftritt. Mitglieder des BFJ müssen starke Gewindewellen - im Wohnviertel, in der Schule oder wenn sie eine Kundgebung abhalten wollen. Wenn bekannt gemacht wird, dass in der Straße ein Rechtsextremist wohnt bzw. in diese oder jene Schule geht, kann er gesellschaftlich ins Arme gedrängt werden. So kann auch rechten Mitläufer, von denen es sicherlich genug gibt, klar gemacht werden, dass es keinen Sinn macht, ihr Leben bei solchen Organisationen zu verplempern.

KANN MAN RECHTSEXTREME ERFOLGREICH STOPPEN?

Ja! Durch Mobilisierungen konnten in den letzten Jahren mehrere Nazi-Demos eingeschränkt, behindert und sogar gestoppt werden. Im April und Mai 2002 konnten Rechtsextreme und Skinheads jeweils nur aufgrund starker Polizeipräsenz ihre Kundgebungen am Heldenplatz abhalten. Tausende Menschen, v.a. Jugendliche, protestierten dagegen auf der Straße.

Im Juli bzw. August 2002 konnte aufgrund dieses Drucks und der erneuten Ankündigung einer antifaschistischen Demo von uns in Salzburg eine weitere Aktion völlig gestoppt werden. Die Behörden sahen sich gezwungen, die Nazi-Demo zu untersagen. Dennoch waren über 100 Jugendliche

an diesem Tag in Salzburg am Treffpunkt und bereit, eine eventuell dennoch stattfindende Nazi-Kundgebung zu blockieren. In Wien wurde im August 2003 eine weitere Nazi-Demo auf diese Weise verhindert. Am 1. Mai 2004 zwang der Aufruf eines antifaschistischen Bündnisses eine Nazi-Gruppe, auf nicht angemeldete Orte auszuweichen, von denen sie durch eine 2000-Mann/Frau starke Demo mehrmals vertrieben wurden.

ALTERNATIVE MÖGLICH!

Auch wenn Rechtsextreme den weiteren Sozialabbau und die hohe Arbeitslosigkeit für ihre Hetze ausnutzen möchten, so müssen diese sozialen Probleme nicht automatisch zu einer Stärkung

TERMINE

Linz

jeden Freitag, 16.-18.00

Aktion gegen den BFJ
(Ort unter 01-524 63 10 erfragen)

und um 18.00

Stopp BFJ-Aktionstreffen,
Alte Welt, Hauptplatz 4

Salzburg

Dienstag 10. August um 19.00 SLP/SWI

VERANSTALTUNG: "Wie den BFJ und die Rechte stoppen?; im Shakespeare",
Hubert-Sattler-Gasse 3 (beim Mirabellplatz)

faschistischer Organisationen führen. Es ist vor allem davon abhängig, ob und wie eine starke linke Alternative für ArbeiterInnen und Jugendliche aufgebaut werden wird. Und ob wir den BFJ gemeinsam dorthin befördern, wo er hingehört: auf den Misthaufen der Geschichte!

* Auf Polizei und Behörden ist im Kampf gegen die rechtsextreme Gefahr kein Verlass. Daher: Für gemeinsame Aktionen aller AntifaschistInnen, um den BFJ an öffentlichem Auftreten und Propaganda zu hindern.

* Armut und Arbeitslosigkeit schaffen eine Grundlage für Rechtsextremismus und Rassismus. Deshalb: In- und AusländerInnen gemeinsam gegen die Sozial- und Bildungsabbau sowie die Privatisierungs-Politik der Regierung.

* Solidarität mit den von BFJ und anderen Rechtsextremen bedrohten antifaschistischen Aktivisten, Jugendlichen und MigrantInnen. Stoppen wir ihre Einschüchterungsversuche!



Neue Broschüre:

Gemeinsam gegen
rechte Gewalt - BFJ
stoppen!

20 Seiten A5,
Zusendung erfolgt
nach Überweisung
von 2,50 Euro (inkl.
Porto) auf das
PSK-Konto
8812.733

Wien

Mittwoch 4. August um 18.00 SLP Wien

VERANSTALTUNG: Theorie: "Nationalismus - fortschrittlich oder reaktionär?"

Mittwoch 1. September um 18.00 SLP Wien

VERANSTALTUNG: Theorie: "Was ist Faschismus - eine marxistische Analyse?"

und um 19.00

VERANSTALTUNG: „Von Musik über Schlägertrupps - Das rechte Netzwerk“;

alle in Wien 7., Amerlinghaus, Stiftgasse 8



2002 konnte SWI mit einer rechtsextremen Gegenmobilisierung einen rechten Aufmarsch in Salzburg verhindern.

Wer ist hier der Softwareräuber?

Patente sind Diebstahl an der Allgemeinheit!

von Pablo Hörtner und Fabian Linzberger, Ortsgruppe Wien West

„Betroffen sind alle, die vor einem Computer sitzen!“, beschrieb Richard M. Stallman, Gründer des GNU-Projekts (www.gnu.org), in seiner Rede in der Wirtschaftskammer Österreich die Gefahr, die von Software- und Ideenpatenten ausgehen. Beispielsweise beantragt Microsoft jede Woche 2 neue Patente. Wenn dieser Konzern z.B. ein neues Document einführt, tut er das stets vor Ablauf des vorigen Patentes - nicht, weil das neue System einen technischen Fortschritt gegenüber dem alten bedeutet, sondern um einen de facto Standard zu schaffen und dadurch seine Monopolstellung zu erhalten. Entgegen großem Protest durch Petitionen, im Internet und auch auf der Straße, stimmte der EU-Wettbewerbsrat der Einführung von Patenten auf Softwaredeinen letztlich zu. Dass hinter dieser Entscheidung Großkonzern wie Microsoft stehen und keineswegs das Interesse, technischen Fortschritt und Innovation zu fördern, ist klar. Leitmotiv ist die Gewinnmaximierung und nicht der Einsatz neuer Technologien zum Wohle der Allgemeinheit.

AUF DEN ERSTEN COMPUTERN WAR ALLE SOFTWARE FREI

Diese wurden vor allem in der Forschung, im universitären Bereich sowie im Militär eingesetzt. Die meisten BenutzerInnen dieser Systeme konnten auch programmieren und da der Quellcode, aus dem Software geschrieben ist, offen lag,

konnten sie die Programme nach Belieben und Bedarf verändern. Der Mensch kontrollierte die Maschine und nicht umgekehrt. Erst mit dem Aufkommen der ersten Heimrechner fand die Entfremdung der User von der Maschine als einem Werkzeug in der Produktion statt: Computer fanden neue Anwendungsbereiche in Unternehmen, IBM und andere entdeckten einen neuen Markt und es war plötzlich verboten, Programme mit Bekannten zu teilen, sie zu verändern und auf ihre Funktionsweise hin zu untersuchen. Zuvor war Software kein eigener Marktbereich, aus dem sich Profit schlagen lies. Ebenso war das Internet ein Produktionsmittel, welches sich außerhalb der Kontrolle großer Konzerne herausgebildet hatte.

WIDERSTAND

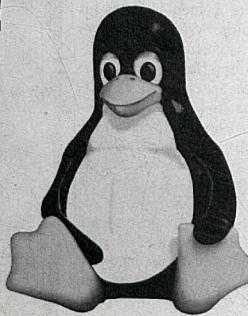
Als die Softwareentwicklung zunehmend von der Wissensproduktion getrennt und in den kapitalistischen Markt integriert wurde, wehrten sich einige ProgrammiererInnen gegen den Druck der kapitalistischen Produktionsweise und Organisation der Arbeit. Richard Stallman gründete das GNU-Projekt mit dem Ziel eines freien Betriebssystems und verließ aus Protest seinen Posten an der Universität - nicht zuletzt, um möglichst ungehindert weiter daran arbeiten zu können. Frei bedeutet hier nicht in erster Linie kostenlos, sondern dass dem/der BenutzerIn und dem/der EntwicklerIn frei gestellt ist, was er/sie mit der Software auf seinem Computer tut. Das beinhaltet sowohl die Weitergabe von Pro-

grammen und Daten an andere, aber auch die Möglichkeit, diese uneingeschränkt zu verändern und weiterzuentwickeln. Diese Philosophie bildete für viele die Grundlage für ein Produktionsmodell, in dem die Einführung von Software- und Ideenpatenten in Europa, sowie der juristische Feldzug gegen Tauschbörsen im Internet zeigen klar auf, dass es auf Dauer im Kapitalismus keine andere Produktionsweise geben kann als die kapitalistische.

Diese Erfahrung musste auch schon die ArbeiterInnenbewegung mit den Konsumgesellschaften machen, die sich im Kapitalismus letzten Endes nicht gegen den Markt durchsetzen konnten. Die Konzerne sind bemüht, die Kontrolle, die ihnen durch die rasante technische Entwicklung zum Teil entglitten ist, zurück zu erlangen. Natürlich profitieren diese zum Teil auch von der unbezahlten Arbeit, die geleistet wird. Dass der Protest gegen Softwarepatenten in Europa nicht nur virtuell im Internet sondern auch in Demonstrationen auf der Straße Ausdruck gefunden hat, zeigt das zunehmende Bewusstsein für die Notwendigkeit des politischen Kampfs.

MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN DES VIRTUELLEN ANTIKAPITALISMUS

Im Gegensatz zu herkömmlichen Waren kapitalistischer Produktion können Programme und digitale Daten (also auch CDs, DVDs etc.) auf einem Computer zu sehr geringen Kosten repliziert werden. Durch die rasante Ausbreitung des Internets ist zusätzlich deren globaler Austausch möglich. Auf diesem Weg wurde dieses Betriebssystem in Form des bekannten GNU/Linux Realität. Die Tatsache, dass ein derartiges Projekt existiert, ist ein machtvoller Beweis dafür, dass Arbeit, wenn sie nicht den Zwängen der kapitalistischen Produktion unterworfen ist, sondern freiwillig und selbst-



Der Pinguin "Tux" ist das Symbol des freien Betriebssystems Linux.

Nicht zuhause hocken – Jetzt aktiv werden!

Was die SLP in den letzten Wochen gemacht - und was sie für die Nächsten plant.

von Nadine Schenner,
SWI-Amstetten

Rechte Kräfte stoppen. Dies steht im Mittelpunkt unserer neuen stopBFJ-Kampagne. Ausschlaggebend für ihren Start waren die Einschüchterungsversuche einiger BFJ'ler während des ASF (Austrian Sozial Forum) dem einige ASF-OrdnernInnen hilflos gegenüber standen. Auch vor der EU-Wahl haben wir bei der „Stunde der Patrioten“ (FPÖ) und am 26.6. bei einem rechtsextremen Vernetzungssymposium von Mölzer mit Gegenkundgebungen gezeigt, dass Widerstand notwendig und möglich ist.

Beim Gewerkschaftstag (Metall/Textil) waren wir an allen Tagen anwesend und hatten einen extrem guten Zeitungsverkauf von über 80 Exemplaren. Einer der geladenen Redner war Voest Alpine Vorstandschef Wolfgang Eder, der die Gewerkschaften frontal attackierte. Warum die Ge-

werkschaftsführung Gewerkschaftsfeinde mit größter Freindlichkeit empfängt und ihnen eine Bühne bietet, wirft die Frage auf, auf welcher Seite sie letztlich stehen.

Im Kampf gegen ein 2-Klassen-Gesundheitssystem waren wir beim Hanusch-Krankenhaus, bei dem schon eine Abteilung geschlossen wurde, und bei einer Demo in Linz gegen Kurzintervalle im Gesundheitsbereich aktiv. Unsere Schlagzeile „Diese Regierung macht krank“ wurde mit sehr viel Zustimmung sowohl von den MitarbeiterInnen als auch von den PatientInnen emp-

fangen. Bei einem Gespräch mit den Angestellten wurde auch klar, dass diese Angst um ihre Zukunft haben.

PROJEKT MIT FLÜCHTLINGEN

Auch Jugendliche haben großes Interesse an Mitarbeit, wie man in der AHS-Glaesergasse sieht. Wir haben zwei vierte Klassen bei einem Projekt über Asylsuchende/-gesetz unterstützt, da in der Nähe der Schule ein Flüchtlingsheim eröffnet wurde und anzunehmen ist, dass bald einige rechte Stimmen gegen die Flüchtlinge hetzen wer-

den. Ebenso erfolgreich war ein von SWI organisiertes Bildungsseminar, bei dem eifrig über das jetzige Schulsystem, die Alternativen bzw. die Rechte der SchülerInnen diskutiert wurde. Am Donauinselfest konnten wir viele Jugendliche über unsere stopBFJ-Kampagne informieren und unsere Buttons fanden reißenden Absatz.

In Wien, Linz und Salzburg sprach Genosse Segun Sango aus Nigeria über die Situation der ArbeiterInnenbewegung im Nigeria. Die Vorträge waren gut besucht, unter anderem von einigen NigerianerInnen.

Mit einer Kundgebung vor der Bezirksratsitzung konnten wir erreichen, dass dieser einen Antrag gegen die Eröffnung eines Babycastums, das die AbtreibungsgegnerInnen von HLI planen, annahm. Ob das Papier hält was es verspricht, werden wir sehen. Wir erwarten jetzt Aktivitäten von den BezirksräternInnen!



Projekt über Asylproblematik in der AHS Glaserstraße in Wien

SLP IN EIGENER SACHE

Die SLP-Treffpunkte:

SLP-Wien-Sommer-Ortsgruppe

(während der Sommermonate sind die Wiener Ortsgruppen zusammengelegt)

Jeden Mittwoch um 18.00 Uhr (Theorie) bzw. 19.00 Uhr (Aktuell), im Amerlinghaus, 7., Stiftg. 8

SLP-Linz:

Jeden Freitag, 18.00 Uhr „Alte Welt“ (im Keller), Hauptplatz 4

SLP-Salzburg

Anzutreffen jeden Dienstag um 19.00 Uhr bei den Treffen von SWI im „Shakespeare“, Hubert-Sattler-Gasse 3 (beim Mirabellplatz)

SLP-Amstetten:

Anzutreffen samstags bei den Treffen von SWI, 16.00 Uhr, Segafredo am Hauptplatz. Nicht regelmäßig: Daher Termine unter Tel. 01/524 63 10 erfragen

Die SWI-Treffpunkte:

SWI in Wien

jeden Montag Treffen um 15.00 Amerlinghaus (Wien 7; Stiftg. 8) - anschließend um 16.00 Aktion auf der Mariahilferstrasse

SWI in Salzburg

jd. Di. 19.00 Uhr im „Shakespeare“ (beim Mirabellplatz)

SWI-Amstetten:

Immer Samstags 16.00 Uhr, Segafredo am Hauptplatz. Nicht regelmäßig: Daher Termine unter Tel. 01/524 63 10 erfragen



VORWÄRTS ist die Zeitung für Widerstand, Solidarität und Sozialismus.

VORWÄRTS ist parteiisch: Immer für ArbeitnehmerInnen, Frauen und Jugendliche.

VORWÄRTS ist unabhängig vom großen Geld, aber abhängig von seinen UnterstützerInnen.

Abonnement bestellen:

Tel.: 01/524 63 10

oder EUR 18,00* an PSK 8812.733 überweisen.

Namen, Anschrift und Kennwort „Abo“ nicht vergessen!
*Sozialpreis für Menschen ohne eigenes Einkommen EUR 10,00
Alle Preise für 10 Ausgaben inkl. Porto und Versand

Leo Trotzki empfiehlt:

“Das musst Du gelesen haben!”



Krise des Kapitalismus
Wer soll das bezahlen?
Sozialistische Antworten auf Sozialabbau und Armut

A5, 56 Seiten, EUR 4,- linkl. Versand

Broschüre wird bei Überweisung auf Konto PSK 8812.733 zugestellt. Namen, Anschrift und Kennwort nicht vergessen!



Neues aus dem CWI

Erster Gemeinderats-sitz für SAV

Die Sozialistische Alternative Voran (deutsche Schwesterpartei) konnte sich am 13. Juni bei den Kommunalwahlen in Rostock über 2 000 Stimmen für die Liste gegen Sozialwahlkampf freuen. Das sind 2,5% der abgegebenen Wahlzettel und bedeutet, dass Christine Lehnert als Abgeordnete in die Bürgerschaft (=Gemeinderat) einzieht. Unsere deutschen Genossen in Rostock haben Großes vollbracht, denn für eine Ortsgruppe, die etwa 25 Mitglieder zählt, sind 900 verkauftete Wahlprogramme, usw. ein Haufen Arbeit.

Vier Gemeinderät-Innen in Irland

Neben dem guten EU-Wahlergebnis unserer irischen Schwesterpartei SP (5,5% im Wahlkreis Dublin), konnten wir auch bei den Regionalwahlen 2 neue Gemeinderäte dazu gewinnen. Mick Barry hat es mit über 17% der Stimmen in den Gemeinderat in Cork geschafft. Erstmals hat die SP einen Sitz außerhalb von Dublin. Ruth Coppinger und Clare Daly wurden in Dublin wieder gewählt. Clare Daly konnte ihren Stimmanteil verdoppeln, Mick Murphy mit 17% erstmals in Dublin in den Gemeinderat gewählt.

Schweden, Belgien und England

Unsere Schwedische Schwesterpartei Rätvispartiet Socialista erhielt bei den EU Wahlen am 13.6. 2004 5,5% der Stimmen. Die Wahlbeteiligung war in Schweden wie erwartet niedrig und wir waren uns bewusst, dass wir es nicht schaffen würden die Leute zum Wählen zu animieren. Unser Wahlkampf war trotzdem sehr erfolgreich. Wir haben rund 20 neue Mitglieder gewonnen und 200 UnterstützerInnen für unsere Zeitung geworben.

Die belgische Sektion unserer Internationalen erreichte bei den EU Wahlen im flämischen Teil 0,35% und im wallonischen Teil 0,23%.

In England wurden am 10.6. Dave Nellist und Karen McKay mit Stimmzuwachs im St. Michael's ward of Coventry wieder gewählt. Alle drei Kandidaten zusammen erhielten 4.236 Stimmen, 700 Stimmen mehr als die Labour Party. Darauf hinaus erhielt unsere britische Schwesterpartei in 34 Wahlkreisen insgesamt 16.787 Stimmen.

Mittwoch 4. August um 19.00
VERANSTALTUNG: Bericht vom internationalen Treffen des KAI/CWI; Amerlinghaus, Stiftsgasse 8, 1070 Wien

von Wolfgang Fischer,
SLP-Wien Mitte

Am 17. Mai 2004 wurde auf der Ranch des Exilkubaners und rechten Oppositionellen Robert Alonso in der Nähe der Hauptstadt Caracas ein Trainingscamp und Waffenlager von Paramilitärs ausgehoben. Unter den 130 verhafteten Soldnern befanden sich Mitglieder der kolumbianischen Todeschwadronen Autonomous Self-Defense Forces (AUC), die direkte militärische Unterstützung von den USA erhält. Ziel dieser Verschwörung dürfte ein weiterer Versuch von Teilen der rechten Opposition gewesen sein, mittels gezielter Terroranschläge die Instabilität in Venezuela zu erhöhen und die Regierung sowie Präsident Chavez zu stürzen.

US INTERVENTION IN VENEZUELA

Vom US-Imperialismus unterstützt hat die herrschende venezolanische Klasse schon zweimal versucht, Chavez zu entfernen. Beide Male wurden sie durch den Druck der Massenbewegungen und der Intervention der ArbeiterInnenklasse sowie der Basis der Militärs zurückgeschlagen. Am 14. April 2002 gab es einen Putschversuch rechter (Paras)Militärs, Chavez wurde inhaftiert und ein neues US-freundliches Kabinett angeboten. Binnen weniger Stunden jedoch musste der neue Präsident den Druck der Massen weichen, Chavez wurde wieder eingesetzt. Auch die von Managern der Ölindustrie

von Dezember 2002 bis Januar 2003 initiierten Aussperrungen der Beschäftigten wurde durch entschiedenen Widerstand der ArbeiterInnenklasse gebrochen. Zudem führt die herrschende, korrupte Klasse eine Politik der ökonomischen und politischen Sabotage, 40 Milliarden US-\$ gingen dem Land durch die Aussperrungen und die nachfolgende Kapitalflucht verloren. Medienhetze der großen Privatsender und ein nun eingefordertes Referendum über die Amtsenthebung Chavez vervollständigen die Politik der rechten Opposition, der Parteien wie die rechtskonservative Partido Social-Christianismo, aber auch die Acción Democrática (Sozialdemokratie) angehören.

CHAVEZ, LINKER POPULIST OHNE PROGRAMM

Gerade vor dem Hintergrund der enormen Destabilisierung der Lage im Nahen Osten gewinnt der Zugriff auf Ölreserven in Afrika und Lateinamerika für die US-Wirtschaft an Bedeutung. Venezuela ist ein an Rohstoffen reiches Land und der fünftgrößte Ölproduzent weltweit. Trotz dieses Reichtums hat seit Mitte der 80er Jahre neoliberaler Politik unter Diktat von IWF und Weltbank einerseits zu Massenarbeitslosigkeit und Verelendung, andererseits zur Etablierung einer korrupten herrschenden Elite geführt. Chavez, im Dezember 1998 mit über 60% Zustimmung der ArbeiterInnen, verarmten Massen aber auch der Mittelschichten zum Präsident gewählt.

Schweden, Belgien und England

Unsere Schwedische Schwesterpartei Rätvispartiet Socialista erhielt bei den EU Wahlen am 13.6. 2004 5,5% der Stimmen. Die Wahlbeteiligung war in Schweden wie erwartet niedrig und wir waren uns bewusst, dass wir es nicht schaffen würden die Leute zum Wählen zu animieren. Unser Wahlkampf war trotzdem sehr erfolgreich. Wir haben rund 20 neue Mitglieder gewonnen und 200 UnterstützerInnen für unsere Zeitung geworben.

Die belgische Sektion unserer Internationalen erreichte bei den EU Wahlen im flämischen Teil 0,35% und im wallonischen Teil 0,23%.

In England wurden am 10.6. Dave Nellist und Karen McKay mit Stimmzuwachs im St. Michael's ward of Coventry wieder gewählt. Alle drei Kandidaten zusammen erhielten 4.236 Stimmen, 700 Stimmen mehr als die Labour Party. Darauf hinaus erhielt unsere britische Schwesterpartei in 34 Wahlkreisen insgesamt 16.787 Stimmen.

Mittwoch 4. August um 19.00
VERANSTALTUNG: Bericht vom internationalen Treffen des KAI/CWI; Amerlinghaus, Stiftsgasse 8, 1070 Wien

von Margarita Döller,
SLP Wien Nord

Die Regierung Brasiliens unter der Führung der Arbeiterpartei (PT) wird immer häufiger Ziel der Proteste der Bevölkerung. Ende letzten Jahres sah sich Präsident Luiz Ignacio „Lula“ mit einem Streik gegen seine Sozialabbaupolitik konfrontiert. Jetzt schließt er linke Proteststimmen aus seiner Partei aus.

SITUATION IN BRASILIEN

Die soziale und wirtschaftliche Situation hat sich im vergangenen Jahr zunehmend verschlechtert. Unter der Regierung der so genannten Arbeiterpartei stieg die Arbeitslosenrate auf 13%. Die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung Brasiliens ist nicht sozial- und krankenversichert. Die Ausgaben des Staates für den Sozial-



Lula, Präsident von Brasilien

bereich sank von 2,59% auf 2,45% des BIP. Die Fakten belegen eindeutig, dass Lulas Partei keineswegs eine Partei ist, die die Rechte von ArbeiterInnen vertritt. Einige Vertreter der Linken Bewegung in Brasilien halten es für mög-

lich, dass sich die PT wieder zurückentwickeln kann. Dagegen spricht allerdings, dass jene, die versucht haben Oppositionspolitik innerhalb der PT zu betreiben, ausgeschlossen wurden und sich Lulas ehemalige Anhänger massenhaft von ihm abwenden. Eine Gruppe von Lehrern, Professoren, Angestellten aus dem Sozialbereich und zahlreichen GewerkschaftsaktivistInnen haben schon grobe Strukturen für eine neue Partei geschaffen. Eine wichtige Rolle im Aufbau einer neuen Arbeiterpartei wird neben unserer Brasilianischen Sektion (SR) auch der Senatorin Heloisa Helena zukommen. Sie war unter jenen, die aus der PT ausgeschlossen wurde und durch ihre Kritik an Lula im ganzen Land bekannt wurde. Sie hat auch bereits angekündigt, dass sie eine linke Alternative zur PT aufbauen will.



allen Betrieben und Gewerkschaften, der organisatorischen Einbindung der einfachen SoldatInnen und der Entfernung aller rechten Militärs aus den Führungsebenen verbunden werden. Gleichzeitig müssen diese Komitees demokratische Strukturen (Rechenschaftspflicht, Wähl- und Abwahlbarkeit) und direkte Teilnahme aller ArbeiterInnen und verarmten Massen beibehalten. Teile der venezolanischen ArbeiterInnen beginnen bereits, revolutionäre und sozialistische Schritte zu ziehen. Eine ArbeiterInnenmassenpartei, bewaffnet mit einem sozialistischen Übergangsprogramm, dass einen schriftweisen Plan zur Enteignung der Schlüsselindustrien, Banken und Medien und Überführung in gesellschaftliches Eigentum unter Selbstverwaltung der ArbeiterInnen propagiert, kann den Kampf gegen die rechte Opposition und US-Imperialismus stärken und soziale Erungenschaften ausbauen.

*Mehr Infos:
<http://www.socialistworld.net/>*

Brasilien: Formierung einer neuen linken Partei?

Wie soll diese Partei aussehen?

Auch andere kleinere Organisationen, wie beispielsweise die SR, haben bereits begonnen die Aufgaben, die ein Parteiaufbau so mit sich bringt, zu koordinieren. Natürlich steht am Beginn die Frage: wie soll diese Partei aufgebaut sein? Was für Strukturen soll sie haben? Die meisten Gruppen sind sich einig, dass diese Partei eine klare anti-imperialistische, anti-kapitalistische Politik vertreten und eine sozialistische Ausrichtung haben muss. Darüber hinaus muss die Partei auf einem linken Programm basieren, dass die fortschrittlichsten Tendenzen und Organisationen der Linken einfasst und die Massen anspricht. Außerdem muss sie sich interne Demokratie, das Recht auf Fraktionsbildung und den Respekt

für verschiedene Trends auf die Fahnen heften. Die Einheit der Partei kann und wird mit dem gemeinsamen Kampf wachsen.

TERMINES

SLP Wien, Mittwoch 14. Juli um 18.00

VERANSTALTUNG: Etappentheorie - Permanente Revolution: Welche Lösung für die 3. Welt?

und um 19.00

VERANSTALTUNG: „Volksbewaffnung in Venezuela? Neoliberaler Lula? Braucht Lateinamerika Sozialismus und eine neue ArbeiterInnenpartei?“

beides im Amerlinghaus, Stiftsgasse 8, 1070 Wien

SLP und SWI Salzburg
Dienstag 20. Juli 19.00

VERANSTALTUNG: „Revolution in Venezuela?“; im „Shakespeare“, Hubert-Sattler-Gasse 3 (beim Mirabellplatz)

SLP Wien, Mittwoch 21. Juli um 19.00

VERANSTALTUNG: „Pakistan: Situation und Kämpfe der ArbeiterInnenbewegung“ Mit Gewerkschaftern aus Pakistan

SLP Wien, Mittwoch 28. Juli um 19.00

VERANSTALTUNG: „Irak: Islamischer Fundamentalismus oder sozialistische Demokratie?“

beides im Amerlinghaus, Stiftsgasse 8, 1070 Wien

So hetzen und lügen die Rechten!

Stadler und Strache in der FPÖ – Vlaams Blok, Front National und Andreas Möller in Europa: Die extreme Rechte formiert sich neu und könnte künftig noch radikaler auftreten.

von John Evers,
SLP Wien Nord

Der rechte Aufsteiger H.C. Strache hat schon angekündigt sich besonders um die "soziale Wärme", "Heimatrechte" oder eine "Sicherheitsoffensive" kümmern zu wollen. Gleichzeitig feierte Österreichs und Europas extreme Rechte den Einzug von Andreas Möller ins EU-Parlament als eine Art Neubeginn.

EUROPA IM RECHTEN LICHT

Auf der Titelseite der aktuellen Ausgabe der "Aula – Das freiheitliche Magazin" prangt Möllers Bild bereits neben dem Bild des Führers des faschistischen Front National, J.M. Le Pen. Sein neues Buch "Europa im rechten Licht" hat Möller vor einigen Wochen mit Vlaams Blok Chef De Winter präsentiert. Im Windschatten dieser rechten Vernetzungen ist in Österreich ein Aufschwung rechter und neonazistischer Jugendaktivitäten festzustellen. Der Ring Freiheitlicher Jugend (RFJ/Jugendorganisation der FPÖ) befindet sich schon länger in fester Hand von Rechtsextremisten. In Oberösterreich treibt mit dem BFJ (Bund freier Jugend) eine aggressive und potentiell gewaltbereite rechte Kraft ihr Unwesen (vgl. S. 4+5 dieser Nummer). Rund um symbolträchtige Daten kam es in den letzten 2, 3 Jahren immer wieder zu – versuchten – faschistischen Provokationen, Aufmärschen und Kundgebungen.

NEUE THEMEN - NEUE BEGRIFFE?

Zu den bevorzugten Themen der Rechten gehören momentan griffige Slogans gegen Globalisierung und EU, antikapitalistisches Gehabe, vermeintlich antiimperialistische Kritik an Israel und den Kriegen der USA. Faschisten und Rechtsextremisten haben

sich seit jeher bemüht ihre verbrecherischen Ziele durch flexible Wortwahl konsensfähig zu machen. Bereits 1973 war im Blatt des ehemaligen Pressereferenten von Josef Goebbels, Oven, zu lesen: "Wir müssen unsere Aussagen so gestalten, dass sie nicht mehr ins Klischee der 'Ewig-Gestrichen' passen ... welcher Linke würde nicht zustimmen, wenn man fordert: 'Dem

kapitalistischen Ordnung. Ihr angestrebte "Volksgemeinschaft" bedeutet ein - ms Extreme gesteigertes - hierarchisch gegliedertes Ausbeutungssystem. Die Antwort der extremen Rechten auf Globalisierung und Krieg, ist auch heute die Betonung der angeblichen Lebensinteressen des 'eigen' Volkes. Dabei werden die grundsätzlich unterschiedlichen Interessen zwis-

chen. Angebliche Solidarität mit den "arabischen Völkern" hindert Rechtsextremisten in Europa auch nicht daran, gleichzeitig Hetze gegen Menschen islamischen Glaubens zu verbreiten. Rassismus und Nationalismus der extremen Rechten haben nicht zuletzt zu den größten Verbrechen in der Geschichte der Menschheit geführt: Holocaust und 2. Weltkrieg. Kein Wunder, dass

die Ablehnung gegenüber den etablierten Parteien – nicht zu unrecht – inzwischen ins Grenzenlose wächst. Das gilt auch für Österreich – trotz Existenzkrise der FPÖ. Dass rechtsextreme und faschistische Hetze hier in Zeiten der Krise des Sozialabbaus und steigender Arbeitslosigkeit auf fruchtbaren Boden fällt ist zwar nicht verwunderlich. Es gibt aber auch keinen Auto-

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.100 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerrgression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung, Kampf dem Verursacher – der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitrag zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten "Dritten Welt", Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zu einer sozialpartnerschaftlichen Gewerkschafts!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.



SWI und SLP protestieren vor dem "Haus der Heimat". Dort trafen sich Möller, Stadler & Co. zur rechten Neuformierung. Auch der ORF berichtete über unsere Kundgebung.

Großkapital muss verboten werden, nur um des Profits willen ganze Völkerscharen zu verschieben... Der Sinn bleibt der gleich: Fremdarbeiter Raus!" (nach Putscheller, 1994). Offen bekennen sich auch Andreas Möller zu einer flexiblen Strategie der Worte und Slogans. Zur Kritik an seinem Begriff "Umwolkung" meinte er: "Die politisch korrekte Empörung über Terminologie kann ich nicht nachvollziehen – nennen wir es Ethnomorphose."

RECHTER "ANTIKAPITALISMUS"? RASSISMUS, NATIONALISMUS, ANTISEMITISMUS!

Rechtsextremisten und Faschisten sind Verteidiger der

schen ArbeiterInnenklasse und Kapitalisten gelegent und ein unversöhnlicher Gegensatz zwischen "Aus" und "In"-LänderInnen behauptet. Tatsächlich verhindern Nationalismus und Rassismus den gemeinsamen, internationalem Kampf der ArbeitnehmerInnen gegen die Folgen der kapitalistischen Globalisierung. Rassistische Gesetze machen in viele Österreich lebende MigrantInnen und AsylwerberInnen zu Illegalen und damit erst zu Lohndrückern, die bereits sind jede Arbeit anzunehmen und jede Miete zu bezahlen. Auch die rechte Kritik an Israels Besatzungspolitik basiert auf kaum verschleierte antisemitischen Verschwörungstheo-

ren. Ein wesentlicher Teil rechter Aktivitäten auch darin besteht diese Verbrennen zu verharmlosen, rechtfertigen oder zu leugnen.

REALE GEFAHR – JETZT STOPPEN!

Bei den Wahlem vom 13. Ju ni erhielten der faschistische Vlaams Blok in Flandern 24 Prozent und der Front National 9,8 Prozent. Rechtsextreme und faschistische Parteien kamen in deutschen Bundes land Sachsen auf zusammen 8,1 Prozent während die SPD gerade 11,9 Prozent der abgegebenen Stimmen einfuhr. Die Gefahr einer neuen rechtsextremen Welle in Europa ist deshalb real, weil

matismus in dieser Entwicklung. Der Faschismus hätte in den 20er und 30er Jahren gestoppt werden können – durch entschlossene Handeln der grossen ArbeiterInnenorganisationen. Konsequenter Widerstand der Gewerkschaften und Linken und eine neue ArbeiterInnenpartei, die echte Alternativen zum Kapitalismus anbietet, könnte heute das rechte Problem tatsächlich an der Wurzel packen.

TERMINI

Mittwoch 1. September um 18.00 SLP Wien

VERANSTALTUNG: „Was ist die FPÖ heute?“, Amerlinghaus, Stiftgasse 8, 1070 Wien



Das Programm der Sozialistischen LinksPartei 40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!